

Eingänge und Mitteilungen für die Sitzung des Integrationsrates am 02.02.2011

1. Informationen aus der Koordinierungsstelle:

- Neujahrsempfang:

Das Büro des Oberbürgermeisters hat nach Überprüfung der Einladungen mitgeteilt, dass durch einen "Übertragungsfehler" die Adressen nicht in das "Stammdokument", mit dem die Anschriftenliste produziert wird, übernommen worden sind. Das Versehen bittet das Büro des Oberbürgermeisters zu entschuldigen. Gleichzeitig weist das Büro darauf hin, dass es sich bei dem Neujahrsempfang um eine offene Veranstaltung handelt, die allen Interessierten offen steht.

- Am 11.05. findet eine Fachtagung im INTERREG-Projekt „Migrationsleitbild“ voraussichtlich in der Zeit von 10-16 Uhr in der 11. Etage des Stadthauses 2 statt.

- Informationen zum Zwischenstand des Projektes Migrantenökonomie

- Aktuelle verfügbare Mittel des Integrationsrates: **39.276,88 €**

2. Allgemeine Informationen:

- Neu erschienen: Migrationsbericht 2009

Deutschland ist im europäischen Vergleich weiterhin ein Hauptzielland von Migration. Zu diesem Ergebnis kommt der durch die Bundesregierung veröffentlichte und durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erstellte Migrationsbericht für das Jahr 2009. Der Bericht soll durch die Bereitstellung möglichst aktueller, umfassender und ausreichend detaillierter statistischer Daten über Migration Grundlagen für die Entscheidungsfindung von Politik und Verwaltung im Bereich der Migrationspolitik zur Verfügung stellen. Zudem dient er der Öffentlichkeit als Informationsquelle über das Wanderungsgeschehen. Der Migrationsbericht zeichnet ein differenziertes Bild der Zu- und Abwanderung und gibt eine detaillierte Darstellung der Zuwanderung von Fach- und qualifizierten Arbeitskräften. In diesem Bereich wurde als Folge der Wirtschaftskrise ein leichter Rückgang von qualifizierten Arbeitnehmern aus Drittstaaten registriert. Insbesondere die Zahl der Zustimmungen zu einem Aufenthaltstitel für IT-Fachkräfte war rückläufig. Entgegen diesem Trend war bei der Zahl der vermittelten Saisonarbeiter wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Den vollständigen Bericht erhalten Sie unter: www.bamf.de/DE/DasBAMF/Home-Teaser/hometeaser-migrationsbericht-2009.html

- Studie: „Muslimisches Leben in Nordrhein-Westfalen“

In Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Nordrhein-Westfalen die Studie „Muslimisches Leben in Nordrhein-Westfalen“ jetzt veröffentlicht. Mit der vorgelegten Publikation verfügt Nordrhein-Westfalen als erstes deutsches Bundesland über eine landesspezifische Datengrundlage zum Thema Integration. Eines der zentralen Ergebnisse ist, dass Muslime in NRW generell eine bessere Schulbildung vorweisen können als der Bundesdurchschnitt. 40 Prozent haben Fachhochschulreife oder Abitur. Auf Bundesebene erreichen 28,5 Prozent der Muslime diese Abschlüsse.

Für die Studie wurden in Nordrhein-Westfalen lebende Muslime aus 49 Herkunftsländern berücksichtigt. Die vollständige Studie erhalten Sie unter:

www.mags.nrw.de/08_PDF/003_Integration/110115_studie_muslimisches_leben_nrw.pdf

- Kostenlose Qualifizierungskurse für Migrant/innen zur Ausbildereignungsprüfung

Am 1. August 2009 wurde die neue Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) in Kraft gesetzt. Ab sofort müssen Ausbilderinnen und Ausbilder im gewerblich-technischen, handwerklichen und kaufmännischen -/ IT-Bereich zum Nachweis ihrer Eignung wieder eine Prüfung vor der Kammer ablegen. Für Menschen mit Migrationshintergrund stellt die Ausbilder-Eignungsprüfung häufig eine besondere Hürde im Hinblick auf Sprache und Kenntnisse des deutschen Berufsbildungssystems dar. Daher fördert JOBSTARTER mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Europäischen Sozialfonds die Teilnahme von Personen mit Zuwanderungshintergrund an entsprechenden Qualifizierungsmaßnahmen.

Zukünftige Ausbilderinnen und Ausbilder mit Migrationshintergrund können sich bei uns seit März diesen Jahres in speziellen Kursen auf die Prüfung nach der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) vorbereiten. Dieses Angebot richtet sich an Menschen mit Zuwanderungshintergrund (Selbstständige oder Arbeitnehmer/innen), die über einschlägige Berufserfahrung im technisch-gewerblichen sowie kaufmännischen oder Dienstleistungsbereich verfügen. Das Vorliegen eines Facharbeiterbriefes ist nicht zwingend erforderlich. Das Projekt richtet sich auch an Menschen, die in der deutschen Sprache noch Defizite aufweisen. Für den Ennepe-Ruhr-Kreis und das (südliche) Ruhrgebiet werden im Jahr 2010 für 45 Teilnehmerinnen und Teilnehmer entsprechende Fortbildungen angeboten, die besondere Stütz- und Hilfsangebote in den Kursverlauf integrieren.

Die Teilnahme an der Qualifizierung ist für Sie kostenfrei. Übernommen werden müssen von Ihnen bzw. Ihrem Arbeitgeber lediglich die IHK-Prüfungsgebühren von derzeit € 170,00.

Verantwortlich für Organisation und Durchführung ist die IQR Innovation & Qualifikation Ruhr GmbH in Hattingen in Kooperation mit der IHK Bochum.
Nähere Informationen erhalten Sie unter der Tel.-Nr.: 02324-918 0

IQR Innovation & Qualifikation Ruhr GmbH
Ruhrallee 19
Eingang: Am Walzwerk 17
45527 Hattingen

- Schultheaterprojekt zum 50-jährigen Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei

Am 31. Oktober 2011 jährt sich zum 50. Male der Jahrestag an welchem das Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei in Kraft trat.

Die Theatergruppe „Türkish Delight“ führt hierzu in Köln in Kooperation mit der RAA ein Theaterprojekt durch. An einer Gesamtschule in Köln-Porz werden gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern 4-5 Sketche ausgearbeitet, die sich mit der Thematik „50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei“ befassen. Im Juni 2011 wird die Premiere stattfinden.

Die Theatergruppe wird die Sketche „tourneetauglich“ machen. Türkish Deligth bietet darüber hinaus mehrere Möglichkeiten der Nachbereitung an.

Bei Interesse an diesem Projekt, z.B. einer Aufführung in ihrer Schule, ihrer Kommune finden sie hier:

www.kulturkontakt.de/pages/de/home/schulprojekte/index.schultheaterprojekt_zum_50_jaehrigen_anwerbeabkommen_zwischen_deutschland_und_der_tuerkei.htm

- Qualifizierungsmaßnahme für zugewanderte Lehrer/innen und Akademiker/innen

Die Otto Benecke Stiftung e.V. und die NEUE ARBEIT der Diakonie Essen gGmbH planen eine Qualifizierungsmaßnahme für zugewanderte Lehrer/innen und Akademiker/innen. Die Maßnahme wird voraussichtlich am 1. Mai 2011 beginnen und bis April 2012 dauern. Ziel der Maßnahme ist es, die Teilnehmer/innen auf den Schuldienst bzw. auf eine vorher zu absolvierende Sprachstandsprüfung des Prüfungsamtes für Lehrämter in Bochum vorzubereiten.

Teilnehmende, die die Voraussetzungen erfüllen, sind nach Bestehen der Prüfung im Besitz des 1. Staatsexamens und können sich für den Vorbereitungsdienst an Schulen bewerben. Zielgruppe:

- Menschen, die in ihrem Herkunftsland als Lehrer/innen gearbeitet haben
- Akademiker/innen (z.B. Ingenieur/in), die den Wunsch haben, im Schuldienst zu arbeiten und pädagogische Eignung - nach Möglichkeit auch Erfahrung – besitzen UND nach mindestens 5-jährigem Studium einen Hochschulabschluss in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften (Physik, Chemie), technische Fächer, Musik, Kunst und Sport besitzen (andere Fächer wie Literatur, Geschichte o.ä. können leider NICHT berücksichtigt werden, ebenso wenig Grundschullehrer/innen). Nähere Informationen erhalten Sie unter: www.obs-ev.de/aqua/angebote/vorbereitung-bochum-auf-den-schuldienst/

- Gründung des NRW-weiten Netzwerkes für die Selbstbestimmung junger Migrantinnen, die von Zwangsheirat und Gewalt betroffen sind.

Kontakt: Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit in NRW e.V.

Robertstr. 5a

42107 Wuppertal

Telefon: 0202/7595046

Fax: 0202/7595047

E-mail: lag@maedchenarbeit-nrw.de

www.maedchenarbeit-nrw.de

- Mehr Asylanträge, geringere Schutzquote

Die Zahl der Asylanträge war 2010 so hoch wie seit fünf Jahren nicht mehr. Gleichzeitig ging die Schutzquote deutlich zurück. Die meisten Asylanträge stellten Afghanen, Iraker und Serben.

Die Asylantragszahlen (Erst- und Folgeanträge) sind im vergangenen Jahr sprunghaft angestiegen, von 33.033 im Vorjahr auf 48.589 im Jahr 2010 (+47,1 %). Wie aus den Mitte Januar von Bundesinnenministerium (BMI) und Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vorgestellten Hochrechnungen der Asylzahlen hervorgeht, ist sowohl die Zahl der Erstanträge (2010: 41.332; 2009: 27.649; +49,5 %) als auch der Asylfolgeanträge (2010: 7.257; 2009: 5.384; +34,8 %) im vergangenen Jahr deutlich höher ausgefallen als im Vorjahr.

Verglichen mit den 1990er Jahren lagen damit die Asylbewerberzahlen 2010 immer noch auf relativ niedrigem Niveau, im Zehnjahresvergleich nehmen die Zahlen von 2010 einen Mittelwert ein (vgl. MuB [1/10](#)).

Hauptherkunftsländer: Afghanistan hat den Irak im vergangenen Jahr als wichtigsten Herkunftstaat abgelöst (siehe Tabelle). 2010 haben in Deutschland 5.905 afghanische Staatsbürger einen Asylerstantrag gestellt (2009: 3.375). Die Ursachen für die kontinuierliche Zunahme afghanischer Asylanträge sind die angespannte Sicherheitslage in Afghanistan und der verstärkte Flüchtlingschutz in der deutschen und europäischen Rechtsprechung (vgl. MuB [7/10](#), [4/10](#), [1/10](#)). In den Industriestaaten insgesamt war Afghanistan bereits 2009 das wichtigste Herkunftsland (vgl. MuB [4/10](#)).

Irakische Staatsbürger stellten insgesamt 5.555 Erstanträge (2009: 6.538), serbische Staatsbürger 4.978 (2009: 581).

| Hauptherkunftsländer 2009/2010 (Erstanträge) | | | |
|---|-------------|-------------|--------------------|
| Land | 2009 | 2010 | Veränd. (%) |
| Afghanistan | 3.375 | 5.905 | 74,9 % |
| Irak | 6.538 | 5.555 | -15 % |
| Serbien | 581 | 4.978 | 756,8 % |
| Iran | 1.170 | 2.475 | 111,5 % |
| Mazedonien | 109 | 2.466 | 2.162,4 % |
| Somalia | 346 | 2.235 | 546 % |
| Kosovo | 1.400 | 1.614 | 15,3 % |
| Syrien | 819 | 1.490 | 81,9 % |
| Türkei | 1.429 | 1.340 | -6,2 % |
| Russ. Föd. | 936 | 1.199 | 28,1 % |

Quelle: BAMF

Entscheidungen: Die Gesamtzahl der Entscheidungen über Asylanträge ist im vergangenen Jahr ebenfalls deutlich auf 48.187 gestiegen (2009: 28.816; +67 %). Dabei hat sich jedoch die Schutzquote, d. h. der Anteil der positiv beschiedenen Asylanträge, im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 12 Prozentpunkte verringert. Die Zahl der positiv beschiedenen Asylanträge ist 2010 in absoluten Zahlen von 9.726 auf 10.395 zwar leicht gestiegen, prozentual aber von 33,8 % auf 21,6 % deutlich zurückgegangen. 2008 hatte die Schutzquote noch bei 37,7 % gelegen.

Insgesamt 21,6 % aller Anträge wurden positiv beschieden. Diese teilen sich auf in 16 % Positivbescheide gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention, davon 1,3 % auf Asylberechtigte nach Art. 16 a Grundgesetz und 14,7 % auf anerkannte Flüchtlinge gemäß § 60 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz. In 5,6 % aller Fälle wurde ein subsidiärer Schutzbedarf auf der Basis der Europäischen Menschenrechtskonvention festgestellt.

Negativ beschieden wurden 27.255 Anträge bzw. 56,6 % aller Asylanträge (2009: 11.360, 39,4 %). Aus formellen Gründen eingestellt wurden 10.537 bzw. 21,9 % aller Asylverfahren (2009: 7.730, 26,8 %).

Reaktionen: Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) betonte trotz der gesunkenen Schutzquote, dass politisch Verfolgte auf eine sichere Aufnahme in Deutschland vertrauen könnten. Die Zunahme der Negativbescheide führte er auf gestiegene Antragszahlen von Menschen aus Serbien und Mazedonien zurück, bei denen die Voraussetzungen der Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft nicht vorlagen. Anträge von Serben und Mazedoniern sind seit Aufhebung der Visumpflicht im Dezember 2009 massiv angestiegen und machten 2010 ca. 18 % aller Asylanträge aus. Da in beiden Ländern „grundsätzlich keine politische Verfolgung stattfindet“, werden diese Anträge als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt, wie das BAMF im Dezember mitteilte.

Quelle: Newsletter Migration und Bevölkerung, Ausgabe 1, Januar 2011

3. Information des Landesintegrationsrates

- Wichtige Termine für Delegierte des Landesintegrationsrates

Der Vorstand des Landesintegrationsrates hat sich auf folgende Termine für das Jahr 2011 verständigt:

- 19.03.2011, Hauptausschusssitzung in Herne

- 18.06.2011, Hauptausschusssitzung in Herzogenrath
- 24.09.2011, Hauptausschusssitzung in Gladbeck
- 26.11.2011, Mitgliederversammlung in Duisburg

Der Beginn der Sitzungen bzw. der Versammlung ist jeweils um 13.00 Uhr. Die Delegierten erhalten die Sitzungsunterlagen rechtzeitig zugesandt.

- Vorurteilsbewusstes Engagement vor Ort! Eine Qualifizierung für russischsprachige Demokratielotsinnen und -lotsen

Vom 25. bis 27. März 2011 in Oerlinghausen/ Demokratische Partizipation und Teilhabe zu fördern, zählt zu den zentralen Aufgaben der politischen Bildung. Denn der wichtigste und wirksamste Demokratieschutz sind couragierte, überzeugte und aktive Demokratinnen und Demokraten. Um auch junge Zugewanderte aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die heute in Nordrhein-Westfalen leben, stärker für die politische Bildungsarbeit zu gewinnen und zur demokratischen Teilhabe zu motivieren, hat die Landeszentrale 2010 eine Qualifizierungsreihe gestartet. Jugendliche, die ihre Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion haben, sollen zu Demokratie-Lotsen ausgebildet werden, um jungen Menschen derselben Herkunft, Wege zu Integration und demokratischer Teilhabe aufzeigen. Nähere Informationen erhalten Sie unter: www.laga-nrw.on.spirito.de/data/flyer_fit_fr_partizipation_2011_a3_lang_v3.pdf

4. Pressemitteilung:

Pressemitteilung des Landesintegrationsrates vom 13. Januar 2011

Staatsministerin Böhmer richtet „Bundesbeirat für Integration“ ein - ohne die demokratisch legitimierten Vertreter/innen der Migranten

In einer Pressemitteilung vom heutigen Tage feiert die Staatsministerin die Einrichtung dieses Bundesbeirates als Ergebnis ihres politischen Prinzips „Wir reden nicht übereinander sondern miteinander“.

Doch sieht man sich die Zusammensetzung dieses Beirates genauer an, wird klar, wer redet und wer zuhört. Dem Beirat sollen 32 Personen angehören, darunter tatsächlich 10 Vertreter/innen von Migrantenverbänden. Den Vorsitz des Beirates hat natürlich die Staatsministerin inne. Hinzu kommen 22 Vertreter/innen von Ministerien, Verbänden usw.

Das erinnert stark an die 1970er Jahre als in den Kommunen die ersten Ausländerbeiräte mit berufenen Mitgliedern eingerichtet wurden.

„Diese Zeiten glaubten wir überwunden“, so Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen. „In den Integrationsräten in NRW und anderen Bundesländern sprechen wir auf Augenhöhe mit der Politik, wir können gemeinsam mit den Kommunalpolitikern Entscheidungen zu integrationspolitisch relevanten Themen treffen und sind nicht auf deren Wohlwollen angewiesen.“

Bezeichnend ist auch, dass sich unter den 10 Migrantenvetretern kein Mitglied aus den gewählten Integrations- und Ausländerbeiräten oder deren Bundes- und Landesverbänden wieder findet. „Die Integrations- und Ausländerbeiräte repräsentieren durch demokratische Wahlen alle Migrantinnen und Migranten einer Stadt. Dies können, bei aller Wertschätzung, die berufenen Mitglieder mit Migrationshintergrund nicht für sich in Anspruch nehmen. Sie sind Vertreter von Verbänden, die sich über ihre Herkunft definieren, das hilft uns bei unserer gemeinsamen Aufgabe nicht weiter“, so Keltek.